Abend-Ausgabe.
Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H.

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Donnerstag, 24. September	Nr. 1243

Beweiserhebung im Bauunglücksprozeß abgeschlossen.

Berlin, 24. September. Im Berliner Bauunglücksprozeß wurde am Donnerstag wieder in die Beweisaufnahme eingetreten. Das Gericht ging mit den Zeugen die Fragen durch, die von der Verteidigung Hoffmanns und Roths erneut unter Beweis gestellt wurden. Die Beweisaufnahme wurde dann abgeschlossen.

Anschließend erklärte der Staatsanwalt, daß sich auch nach der neuen Beweisaufnahme nichts an seinem früheren Standunkt in der Schuld- und Straffrage ändere.

Die Verhandlung wurde darauf auf Freitag vertagt. Die Verteidiger sollen dann das Wort zu ihren Schlußvorträgen erhalten.

Luftschiff „Hindenburg" in Frankfurt gelandet.

Frankfurt a. M., 24. September. Das Luftschiff „Hindenburg" landete am Donnerstag um 11.40 Uhr, von Nordamerika kommend, auf dem Flug- und Luftschiffhafen Rhein-Main. Von hier aus wird es am Sonnabend zu seiner 9. Nordamerika-Fahrt starten.

Abfahrt der Hitlerjungen aus Rom.

Rom, 24. September. Am Donnerstag, um 10 Uhr, haben die 452 Hitlerjungen die italienische Hauptstadt wieder verlassen. In den vier Tagen ihres Aufenthaltes in Rom haben sie sich durch ihre Haltung und ihr Auftreten im Herzen des italienischen Volkes und seiner Jugend eine ehrenvolle und herzliche Erinnerung gesichert.

Mit klingendem Spiel zogen die Hitlerjungen am Vormittag mit Blumen geschmückt zum letzten Mal durch die Straßen von Rom. Auf allen Anmarschstraßen und auch auf dem Bahnhofsplatz hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden, die die Hitlerjugend begeistert feierte. Auf dem Bahnsteig waren Ehrenabordnungen der Avanguardia und der Balilla angetreten.

Vor der Abfahrt verabschiedete sich Reichsjugendführer von Schirach von seinen Kameraden und wünschte ihnen eine gute Heimfahrt. Außerdem waren anwesend: der Führer der faschistischen Jugend, Staatssekretär Ricci, mit zahlreichen Offizieren der Balilla und der deutsche Geschäftsträger Baron von Plessen. Zum letzten Mal spielte der Musikzug des Gebiets Niedersachsen zu Ehren der italienischen Gastgeber den Königsmarsch und die Giovinezza. Unter den Heil-Rufen der deutschen Jugend auf Mussolini und den „Eja-Eja-Alalla"-Rufen der italienischen Jugend auf den Führer Adolf Hitler fuhr der Zug aus der Halle. Noch lange winkten die Mitglieder der deutschen Kolonie in Rom dankerfüllten Herzens in Erinnerung an die schönen Tage, die auch ihnen die deutsche Jugend aus dem Reich geschenkt hatte, den Jungen nach.

Der Zug trifft am Nachmittag in Bologna ein. Während eines mehrstündigen Aufenthalts werden die faschistischen und städtischen Behörden für die Hitlerjungen einen Empfang veranstalten. Am Abend wird die Fahrt nach München fortgesetzt, wo der Sonderzug am Freitag vormittag erwartet wird. Zum Abschluß der Italienfahrt der Hitlerjugend findet am Freitag am Mahnmal der nationalsozialistischen Bewegung an der Feldherrnhalle in München eine feierliche Kranzniederlegung statt.

Konflikt in der belgischen Arbeiterpartei.

Brüssel, 24. September. Die Brüsseler Ortsgruppe der belgischen Arbeiterpartei hat am Mittwoch im Anschluß an die Sitzung des Generalrates der Partei, der sich gegen die Bildung einer Volksfront in Belgien ausgesprochen hat, eine Versammlung abgehalten, in der zu dem Beschluß des Generalrates Stellung genommen wurde. Mit 100 gegen 5 Stimmen bei 30 Stimmenthaltungen wurde eine Entschließung angenommen, in der sich im Gegensatz zu dem Beschluß des Generalrates die Brüsseler Organisation für die Volksfront ausspricht.

In der Entschließung heißt es, die Brüsseler Ortsgruppe habe beschlossen, die Aktion zugunsten der Erweiterung und der Verstärkung der Volksfront durch die Zusammenfassung aller demokratischen Kräfte fortzusetzen. Dies sei die beste Antwort auf die Drohungen der Rexbewegung, die alle Freiheiten vernichten wolle. Unter Hinweis auf die Ereignisse in Spanien und Frankreich und auf die Erfolge, die die Volksfrontbewegung bei den großen Junistreiks in Belgien gehabt habe, wird in der Entschließung erklärt, daß allein die Volksfront dem Faschismus und dem Krieg den Weg sperren könne.

Diese Entschließung ist eine Bestätigung dafür, daß die von der zentralen Partei- und Gewerkschaftsbürokratie ausgegebene Parole gegen die Volksfront von den Unterorganisationen nicht befolgt wird. Auf der Liste der Brüsseler Ortsvereinigung sind verschiedene führende Mitglieder der Partei, so die Minister Vandervelde und Spaak, ins Parlament gewählt worden.

Es ist zu einem scharfen Riß innerhalb der sozialistischen belgischen Arbeiterpartei gekommen. Der Beschluß der Brüsseler Ortsgruppe bedeutet nicht nur eine Stellungnahme gegen die Parteileitung in der Frage der Volksfront, sondern auch eine Auflehnung gegen die Politik der marxistischen Minister, die dem Kabinett van Zeeland angehören. Die Lage der Regierung van Zeeland ist dadurch schwieriger geworden.

„Nation Belge" über die marxistischen Waffenlieferungen.

Brüssel, 24. September. Die Enthüllungen über die Waffenschiebungen des Generalsekretärs der belgischen Arbeiterpartei, Delvigne, der im Solde der spanischen Regierung zu stehen scheint, und anderer Funktionäre dieser Partei sind von der marxistischen Presse bis jetzt im wesentlichen tot geschwiegen worden.

Die rechtsstehende Nation Belge meint, dieses Schweigen komme einem Schuldgeständnis gleich. Ein Zufall sei den belgischen Behörden, die die Durchführung der Vorschriften über die Nichteinmischung Belgiens in die inneren Angelegenheiten Spaniens zu überwachen hätten, zu Hilfe gekommen. Nun sei das Maß voll. Von allen Seiten kämen Geschichten über unerlaubte Waffenbestellungen und Waffenlieferungen ans Tageslicht. Jedesmal endige die Untersuchung mit der Entdeckung, daß ein Sozialist dabei die Hand im Spiele habe. Alles wickele sich so ab, als ob die Lieferung von Waffen nach Spanien in Belgien methodisch und in großer Ausdehnung von der belgischen Arbeiterpartei selbst, deren Vertreter Delvigne sei, organisiert werde. Die belgische Regierung sei den internationalen Vereinbarungen über die Nichteinmischung beigetreten. In dieser Regierung säßen sechs Minister, deren Partei in flagranti bei einem Kriegsgeschäft ertappt worden sei. Man müsse sich demnach fragen, ob Vandervelde und seine ministeriellen Parteifreunde nicht ein doppeltes Spiel trieben. Die Vertreter der belgischen Arbeiterpartei in der Regierung machten sich einer Sache schuldig, die einer Amtspflichtverletzung sehr ähnlich sehe.

Italienische Arbeitertransporte nach Abessinien.

Mailand, 24. September. Mit dem Dampfer „Toscana" haben 620 Arbeiter aus den oberitalienischen Provinzen von Genua die Ausreise nach Ostafrika angetreten, um in der neuen überseeischen italienischen Kolonie am Neuaufbau mitzuarbeiten.

Der Goldabfluß bei der Bank von Frankreich.

Paris, 24. September. Nach dem Wochenausweis der Bank von Frankreich ergibt sich ein Gold- und Silberabfluß von insgesamt 840 Millionen Franken. Die Nervosität der Börse, die die Regierung in kürzester Zeit zu durchgreifenden Maßnahmen nicht nur auf finanztechnischem, sondern vielleicht auch auf währungspolitischem Gebiet veranlassen wird, wird damit hinreichend begründet.

Verzweiflungsakt der Marxisten bei Toledo.

Paris, 24. September. Aus Madrid wird ein Verzweiflungsakt gemeldet, der den auf Toledo marschierenden nationalistischen Abteilungen den Weg verlegen soll. Am Mittwoch abend haben die roten Streitkräfte die Schleusen der Stauwerke des Flusses Alberche, der in den Tajo mündet, geöffnet. Tosend stürzten die zehn Millionen Raummeter Wasser in das 3 km oberhalb von Talavera liegende Tal, wo die Nationalisten umfangreiches Kriegsmaterial, vor allem Geschütze, zusammengezogen hatten. Nach der Madrider Meldung hat man bisher über die Wirkung dieser Maßnahme noch keine Nachricht. Doch hoffen die Roten, ihre Gegner ersäuft zu haben.

Sevilla meldet Rücktritt Azanas.

Paris, 24. September. Der Sender Sevilla berichtet, daß der Präsident der spanischen Republik Azana sein Amt niedergelegt habe. Er werde interimistisch von Martinez Barrio vertreten.

Spanisches „Volksgericht" an der Arbeit.

Paris, 24. September. In Barcelona sind drei Leutnants des Infanterieregiments von Badajoz, die am Montag zum Tode verurteilt worden waren, erschossen worden. Das Volksgericht hat außerdem einen Hauptmann und zwei Leutnants der gleichen Formation zum Tode und einen Leutnant zu lebenslänglicher Haft verurteilt, während ein Unterleutnant freigesprochen wurde.

Zwei weitere Ratssitze in Genf.

Genf, 24. September. Der Rechtsausschuß der Völkerbundsversammlung hat die seit Jahren umstrittene Frage der Zusammensetzung des Völkerbundsrates vorläufig dahin geregelt, daß für die nächsten drei Jahre die Zahl der nichtständigen Ratssitze von 9 auf 11 erhöht werden soll. Dadurch soll der Zugang zum Völkerbundsrat den asiatischen Ländern und den europäischen Ländern ermöglicht werden, die bisher durch das System der regionalen Gruppen praktisch ausgeschlossen waren. Der österreichische Vertreter Dr. Leitmaier stimmte dieser Lösung zu, obwohl sie für Oesterreich nur eine rechtliche, aber noch keine tatsächliche Gleichstellung bringe. Der Vertreter Norwegens, Lange, sprach sich gegen die Erhöhung aus und wies auf die südamerikanische Gruppe hin, die noch immer drei Sitze im Völkerbundsrat innehabe, obwohl ihre Stärke in den letzten Jahren beträchtlich zurückgegangen sei.

Uruguay unterrichtet Genf vom Abbruch der Beziehungen zu Spanien.

Genf, 24. September. Der Vertreter Uruguays beim Völkerbund hat den Mitgliedern des Rates und der Versammlung durch das Völkerbundssekretariat den Abbruch der Beziehungen zwischen Uruguay und Spanien zur Kenntnis bringen lassen. Eine offizielle Behandlung der Angelegenheit durch den Völkerbund wird nicht erwartet, doch nimmt man an, daß der spanische Außenminister in seiner Rede vor der Versammlung dazu Stellung nehmen wird.

Der Rücktritt des Landwirtschaftsministers in Finnland.

Helsingfors, 24. September. Der finnländische Landwirtschaftsminister Jutila hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht, das jedoch vom Präsidenten noch nicht genehmigt wurde.

Dieser Schritt wurde durch einen Bericht der finnischen Geheimpolizei veranlaßt, der die kommunistischen Versuche behandelt, in verschiedenen demokratischen und sozialistischen Verbänden Eingang zu finden, um im Sinne der von der Komintern ausgegebenen Weisungen auch in Finnland auf die Bildung einer Volksfront hinzuarbeiten. In dem Bericht, der seinen Weg in die finnische Presse fand, war auch eine Reihe von finnischen Organisationen, darunter der Verband junger Republikaner, genannt, zu deren Vorstandsmitgliedern Jutila gehört.

Zu diesem Vorfall erklärte Ministerpräsident Kivimäki am Sonnabend in der Presse, er hoffe, daß Minister Jutila sein Abschiedsgesuch zurücknehmen werde. Es erscheine ihm unvorstellbar, daß Jutila irgendetwas mit den kommunistischen Volksfrontplänen zu tun habe.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß es im Zusammenhang mit der Denkschrift zu einer größeren Aktion gegen die Gesamtregierung kommen wird, wie verschiedene scharfe Presseangriffe in demokratischen und sozialistischen Zeitungen vermuten lassen.

Sowjetrussische Propaganda für Spaniens Marxisten.

Moskau, 24. September. Je mehr die Aussichten der spanischen Marxisten auf einen Erfolg schwinden, desto stärker werden die Versuche der Sowjetpresse, sich in die spanischen Verhältnisse einzumischen und desto intensiver wird die bolschewistische Propaganda.

Die Berichterstatter, die die marxistischen Stellungen in Spanien bereisen, berichten täglich begeistert über die „Heldentaten" der Marxisten. Ein Aufruf der spanischen Volksfrontparteien wird wörtlich abgedruckt.

Die Sammelaktion zur Unterstützung der spanischen Marxisten geht weiter. In Aufrufen und Entschließungen wird jedem Sowjetbürger die Abgabe eines Viertels seines Tagesverdienstes zur Pflicht gemacht. Ballett und Oper kündigen besondere Wohltätigkeitsveranstaltungen zu Gunsten der spanischen Marxisten an.

Moskauer Orgien auf Staatskosten.

Moskau, 24. September. Der bei der Sowjetregierung bestehende Kontrollausschuß hat bei Revision der Moskauer Lebensmittel-, Konditorwaren- und Tabakgeschäfte umfangreiche Unterschleife und Beispiele ungeheurer Mißwirtschaft festgestellt. Bei der Aufbewahrung der Lebensmittel- und der Konditorwaren wurden Mängel aufgedeckt, die den Verlust großer Warenmengen zur Folge hatten. Die staatlichen Lager sind nicht zur Aufbewahrung der leicht verderblichen Waren eingerichtet. Dazu kommt, daß die Waren wahllos und ohne jede Sorgfalt aufeinandergetürmt wurden, sodaß dem Staat großer Schaden erwächst. Oft wurden die Waren auch gewissenlos Wind und Wetter ausgesetzt. Meistenteils wurde eine Bestandskontrolle über die vorhandenen Waren und eine Buchführung über die Ein- und Ausgänge überhaupt nicht oder nur ganz willkürlich geführt. Es sei deshalb „ein beträchtliches Abweichen der Angaben der Liefererstrusts und der Handelsorganisationen" festgestellt worden. Trotz dieser harmlosen Bezeichnung der Unterschleife, die hier aufgedeckt wurden, sind eine Reihe führender Angestellter gemaßregelt worden.

Ein ähnlicher Vorgang, der ein bezeichnendes Licht auf die Moral der Sowjetbeamtenschaft wirft, spielt sich gegenwärtig vor einem Moskauer Gericht ab.

Dort wird ein Fall verhandelt, der die Unterschlagung von über 1 Million Rubel des Volksvermögens zum Gegenstand hat. Es handelt sich um beinahe die ganze Beamtenschaft eines der Moskauer Kühlhäuser, die auf der Anklagebank sitzt. Diese Beamten sind angeklagt, hemmungslos mit den Staatsgeldern gewirtschaftet, Bestechungen angenommen, auf Staatskosten Orgien veranstaltet und sich gewissenlos bereichert zu haben. Das Gericht hat über 30 Angeklagte zu befinden.

Die neue japanisch-chinesische Spannung.

Tokio, 24. September. Der Sprecher des Außenamtes erklärte ausländischen Pressevertretern, die japanische Regierung nehme an, daß die Nanking-Regierung nunmehr den Ernst der Lage erkennen und endlich geeignete Maßnahmen treffen werde. Auf die Frage, welche Maßnahmen man in Nanking ergreifen könne oder müsse, meinte der Sprecher, daß die Zentralregierung bisher nur Worte gemacht, aber noch nie gehandelt habe. In politischen Kreisen sieht man die größte Schwierigkeit gerade in der Frage, ob Nanking selbst bei weitestgehender Bereitwilligkeit überhaupt in der Lage sei, die japanfeindliche Stimmung im chinesischen Volk in kurzer Zeit niederzukämpfen. Der Sprecher des Außenamtes erklärte weiter, die japanische Regierung sei der Auffassung, daß die Morde an Japanern planmäßig unternommen würden.

Marineminister Nagano nahm am Donnerstag vor Pressevertretern ebenfalls zu der neuen Lage Stellung. Er erklärte, daß schon viel zu viel geredet worden sei und daß man jetzt nur noch schweigend handeln müsse. Niemand wisse heute, zu welchen Maßnahmen Japan noch gezwungen werden könne.

Japan sucht Verhandlungen mit Tschiangkaischek.

Tokio, 24. September. Nach den letzten Meldungen hat die japanische Regierung den Botschafter Kawagoe angewiesen, in Nanking zu bleiben, aber die Verhandlungen mit dem chinesischen Außenminister Chang abzubrechen. Statt dessen solle er nichts unversucht lassen, um möglichst bald mit Marschall Tschiangkaischek in Verbindung zu kommen.

Wie die Agentur Domei berichtet, will die japanische Marine ihre Selbstschutzmaßnahmen auf alle bedrohten Yangtse-Städte ausdehnen und bei einer weiteren Zuspitzung der Lage alle japanischen Staatsbürger, die außerhalb dieser Schutzzone leben, in die schützenden Städte bringen. Die Marineleitung ist der Ansicht, daß alle japanischen Proteste in Nanking zwecklos sind und daß daher die Verhandlungen Kawagoes mit dem chinesischen Außenministerium abgebrochen werden müßten. Da die Nanking-Regierung und die Kuomintang identisch seien, trügen Marschall Tschiangkaischek und die Führer der Partei volle Verantwortung für die gegenwärtigen Schwierigkeiten.

Steuersteckbriefe und Vermögensbeschlagnahme.

Berlin, 24. September. Gegen die nachstehend aufgeführten Steuerpflichtigen sind Steuersteckbriefe erlassen worden:

1. Praktischer Arzt Dr. Karl Klausa, zuletzt wohnhaft in Neustadt O.-S., Untere Mühlstr. 13, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, vom Finanzamt Neustadt O.-S. wegen Reichsfluchtsteuer im Betrage von RM 12 529,25

2. Kaufmann Julius Pariser und dessen Ehefrau Hedwig, geb. Mosert, zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg, Wielandstr. 13, zur Zeit in London, wegen Reichsfluchtsteuer im Betrage von RM 19 752,25 vom Finanzamt Charlottenburg-Ost.

3. Frau Gella Kern, geb. Weismann, zuletzt wohnhaft in Hamburg, Richardstr. 11, zur Zeit bei ihrer Tochter Frau Blogg in USA, vertreten durch Max Kern, zur Zeit in Kopenhagen, hauptpostlagernd, wegen Reichsfluchtsteuer im Betrage von RM 16 500.— vom Finanzamt Barmbeck.

Es ergeht hiermit die Aufforderung, die genannten Steuerpflichtigen, falls sie im Inlande betroffen werden, vorläufig festzunehmen und dem Amtsrichter desjenigen Bezirkes, in dem die Festnahme erfolgte, vorzuführen.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.